

Dr. sc. Rosmarie TRAUTMANN
Professorin
Martin-Luther Universität Sektion Rechtswissenschaft
/DDR, Halle/

EINIGS GEDANKEN ZUR ANNÄHERUNG DER MITGLIEDSCHAFTSVER-
HÄLTNISSE DER GENOSSENSCHAFTSBAUERN UND DER ARBEITSRECH-
TSVERHÄLTNISSE DER ARBEITER IN DEN LPG DER DDR

Die 1977 vom Ministerrat der DDR beschlossenen Musterstatuten für LPH Pflanzenproduktion und für LPH Tierproduktion enthalten eine Reihe wesentlich neuer Aspekte der inhaltlichen Gestaltung von Rechtsverhältnissen, deren objektive Notwendigkeit aus veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen resultierte.

Diess neuen gesellschaftlichen Verhältnisse hatten sich durch die Kooperationsbeziehungen zwischen LPH und Volkeigenen Gütern herausgebildet. Es entstanden im Rahmen der Kooperation gemischte Kollektive von Genossenschaftsbauern und Arbeitern. Die Genossenschaftsbauern und Arbeiter Ratten Rechtsverhältnisse zu unterschiedlichen Betrieben aber in der täglichen Arbeit in kooperativen Brigaden und Abteilungen erfüllten sie gleiche Aufgaben. Die gemeinsame Lösung dieser Aufgaben im Arbeitsprozeß ließ in sich geschlossene Kollektive entstehen.

Die rechtliche Neugestaltung war eine logische Folge dieser neuen gesellschaftlichen Beziehungen. Sie mußte ihnen entsprechen und sie fördern. Sie mußte davon ausgehen das in den LPH Pflanzenproduktion und LPH Tierproduktion sowohl Genossenschaftsbauern als auch Arbeiter tätig sind.

Daher gehen die Musterstatuten grundsätzlich von gleichen Rechten und Pflichten der Genossenschaftsbauern und Arbeiter in LPH aus. Aus der Reihe der gleichen Rechte und Pflichten soll das Recht und die Pflicht zur Arbeit sowie

das Recht und die Pflicht zur Teilnahme an der Leitung der LPG erwähnt werden. Das entspricht der von Prof.Dr.Veres vorgelegten These 4, in der er feststellt, daß im Rahmen des Mitgliedschaftsverhältnisses das Arbeitsverhältnis in den Vordergrund rückt und das Leitungsverhältnis bereichert und erweitert wird.

Die Bereicherung und Erweiterung der Leitungsverhältnisse in den LPG werden bereichert und erweitert hat ihre Quelle einerseits im Mitgliedschaftsverhältnis der Genossenschaftsbauern, andererseits im Arbeitsrechtsverhältnis der Arbeiter.

Der Arbeiter, der ein Arbeitsrechtsverhältnis zur LPG begründete, trägt also nicht nur dazu bei, die genossenschaftlichen Produktionsaufgaben zu erfüllen und die genossenschaftlichen Einkünfte zu erhöhen, sondern entscheidet gleichberechtigt alle genossenschaftlichen Probleme mit. Er kann die Leitungsorgane wählen, selbst gewählt werden, in Kommissionen der LPG mitarbeiten, an der Beschlussfassung in der Vollversammlung teilnehmen und auch die Erfüllung gefasster Beschlüsse kontrollieren.

Hinsichtlich der Gestaltung des genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisses und des Arbeitsrechtsverhältnisses ist die Annäherung in gewissem Umfang ebenfalls in den Musterstatuten sanktioniert.

So gehen die Musterstatuten von einem gleichen Recht auf Arbeit, auf Vergütung nach der Leistung, auf Qualifizierung oder auf Urlaub aus. Die Konkretisierung dieser Rechte und Pflichten erfolgt jedoch auf unterschiedlicher Rechtsgrundlage. Für Genossenschaftsbauern werden auf der Grundlage des LPG-Gesetzes, des Statuts und der Betriebsordnung zwischen ihnen und dem Vorstand eine Arbeitsvereinbarung abgeschlossen, an welcher die jeweiligen Arbeitsaufgaben, der Arbeitsort, eventuelle spezielle Regelungen vereinbart werden. Darüber hinaus sollte die Dauer des Erholungsurlaubs in die Arbeitsvereinbarung aufgenommen werden.

Wenn auch der Inhalt der Arbeitsvereinbarung die Ähnlichkeiten zum Arbeitsvertrag deutlich werden läßt, so muß man doch auf den wesentlichsten Unterschied hinweisen. Die Arbeitsvereinbarung kann im Unterschied zum Arbeitsvertrag kein Rechtsverhältnis begründen, sie gestaltet nur das begründete Mitgliedschaftsverhältnis aus, konkretisiert es.

Mit dem Arbeiter wird das Arbeitsrechtsverhältnis mit dem Arbeitsvertrag begründet. Begründet er sein Arbeitsrechtsverhältnis in einer LPG, so sind für ihn nicht nur die Bestimmungen des Arbeitsrechts und die zwischen Staat und Gewerkschaft abgeschlossenen Rahmenkollektivverträge verbindlich. Die Musterstatuten legen fest, daß sich die Rechte und Pflichten der Arbeiter auch aus dem Statut und der Betriebsordnung der LPG ergeben, soweit diese nicht den Festlegungen in arbeitsrechtlichen Bestimmungen widersprechen.

Diese Beispiele zeigen das Bemühen, durch rechtliche Regelungen keine Hemmnisse für gesellschaftlich herangearbeitete Formen der Annäherung beider Klassen zu schaffen. Das heißt aber nicht, daß die Annäherung der Klassen ist ein langer Prozeß, der gesellschaftlichen Entwicklung, der sich im Ergebnis der Vervollkommenheit der sozialistischen Basis vollzieht. Unterschiede zwischen der Arbeiterklasse und der Klasse der genossenschaftsbauern bestehen noch und spiegeln sich auch in den unterschiedlichen Rechten und Pflichten der Genossenschaftsbauern und Arbeiter in den LPG wider. So können z.B. Unterschiede in der Vergütung und der Dauer des Erholungsurlaubs bestehen, so lange kein entsprechender Beschluß der Vollversammlung über eine dem Arbeitsrecht entsprechende genossenschaftliche Regelung gefaßt ist. Dieser Unterschied resultiert aus dem unterschiedlichen Eigentumsverhältnis und dem sich daraus ergebenden Verteilungsprinzip der LPG. Es kann nur verteilt werden, was erarbeitet wurde. Das wiederum zeigt den engen Zusammenhang zwischen Verteilung und Arbeit in der LPG, weist aber wiederum auf die wachsende Rolle der Arbeitsverhältnisse in den LPG hin.

Die Vervollkommung und Weiterentwicklung der Mitgliedschaftsverhältnisse in LPG wird in erster Linie durch die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und die sich in den Leistungsverhältnissen widerspiegelnde Ausgestaltung der genossenschaftlichen Demokratie erzielt werden. Diese beiden Seiten des komplexen Mitgliedschaftsverhältnisses werden die entscheidenden Bereiche sein, durch deren Weiterentwicklung die von Professor Dr. Veres in These 6 erwähnte Angleichung der Rechte und Pflichten vollzogen werden kann.